

Pressemitteilung

ZIA zur geplanten Entlastung beim Gaspreis: Eine Umsetzung bis Dezember ist kaum möglich

Berlin, 03.11.2022 – Der Spitzenverband der deutschen Immobilienwirtschaft, ZIA, befürwortet weiterhin spürbare Entlastungsschritte bei Gas und Strom. Die Punkte im Ergebnis des Bund-Länder-Treffens bewertet der Zentrale Immobilien Ausschuss kritisch.

„Die schlimmsten Folgen der Preisexplosion werden bald vom Staat abgemildert“, lobt ZIA-Präsident Dr. Andreas Mattner. „Das ist eine gute Aussicht.“ Er verweist darauf, dass der Bund einmalig die im Dezember fälligen Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme per Soforthilfe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Standardlastprofil (SLP) sowie für Verbraucher mit registrierender Leistungsmessung (RLM) mit einem Verbrauch bis 1,5 Millionen Kilowattstunden übernehmen will.

„Leider ist aus der Idee eines Gaspreisdeckels ein kompliziertes Hilfesystem geworden, das den Anspruch hat, gerecht zu sein, aber vieles auf der Strecke lässt; manches ist gar nicht durchführbar.“

Gewerbekunden im Nachteil

Zugleich zeigt sich der ZIA enttäuscht über den geplanten Umgang mit Gewerbekundinnen und -kunden. „Es ist völlig unverständlich, dass zum Beispiel Mieter von Gewerberäumen in großen erdgasbeheizten Handelshäusern weiterhin von Unterstützung ausgeschlossen werden“, so ZIA-Präsident Mattner. „Diese Mieter in Gewerbeimmobilien bleiben mit den hohen Erdgaspreisen belastet und sind massivem wirtschaftlichen Druck ausgesetzt. Hotel und Handel etwa sind noch immer durch Corona geschädigt.“

Wohnungsvermieter überfordert

Große Probleme erwartet Mattner bei der praktischen Umsetzung der Dezember-Soforthilfe. „Es ist zwar erfreulich, dass Vermieter die Entlastung an die Mieter mit der Betriebskostenabrechnung für 2022 weitergegeben sollen.“ Dies lasse sich mit vergleichsweise geringem Aufwand in den Unternehmen und deren Abrechnungssystemen umsetzen. Es sei allerdings ausgesprochen kompliziert, dass Mieter, die seit dem Frühjahr 2022 bereits erhöhte Betriebskostenvorauszahlungen leisten, um den erhöhten Beitrag entlastet werden sollen. „Was einfach klingt, ist in der Praxis bis Dezember kaum umzusetzen“, betont Mattner. „Für jedes Mietverhältnis müsste individuell der erhöhte Heizkostenabschlag aus dem monatlichen Gesamtüberweisungsbetrag herausgerechnet werden.“

Der ZIA fordert:

- Die Rückerstattung der bereits aus Gründen der Vorsorge vorgenommenen Erhöhungen von Nebenkostenpauschalen ist ein falscher Weg, konterkariert jeden Sparanreiz und sollte zurückgenommen werden.
- Für Mieterinnen und Mieter, deren Vorauszahlungen in diesem Jahr erhöht wurden, sollte die Entlastung aus ZIA-Sicht so gestaltet werden, dass der erhöhte Betrag im Dezember auf dem Betriebskostenkonto gutgeschrieben und mit der Nebenkostenabrechnung im Jahr 2023 abgerechnet wird.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de



INNOVATIONSKONGRESS

24. NOVEMBER 2022

Umweltforum Berlin



INNOVATION
DISRUPTION